

# Regierung wehrt sich im Tempo-Knatsch

SVP-Kantonsrat Beat Künzli aus Laupersdorf stellte in einem Vorstoss Fragen zum Tempo-30-Plan in der Klus.

Vanessa Naef

Und immer wieder Tempo 30: Das Thema polarisiert auf Strassen in der ganzen Schweiz. Im Oktober sorgte das Amt für Verkehr und Tiefbau (AVT) mit der Ankündigung von Tempo 30 in der Klus zwischen Balsthal und Oensingen für Aufsehen. Das rief Kritiker auf den Plan. Auch, weil die Ankündigung unscheinbar im Amtsblatt daher kam.

Einer der Kritiker ist Kantonsrat Beat Künzli (SVP, Laupersdorf). Er bezeichnete das Vorgehen als «fragwürdig und politisch problematisch» und richtete ein Dutzend Fragen an die Regierung. In der Interpellation kritisierte er den Kanton respektive die Verwaltung.

«Wird hier der parlamentarische Auftrag überinterpretiert oder gar missachtet?», schreibt der Interpellant im Vorstoss-text. Damit nimmt er Bezug darauf, dass der Kantonsrat der Regierung 2024 den Auftrag gegeben hat, Tempo 30 auf der Solothurnerstrasse in Balsthal zu prüfen. Dies, nachdem die Umfahrung Klus vom Tisch war.

Eine Frage, die Künzli ebenso beschäftigt: Weshalb wurde die Verfügung zu Tempo 30 in der Klus nur im Amtsblatt publiziert? Und nicht zusätzlich etwa noch auf der Website oder per Medienmitteilung? Jetzt liegen die Antworten der Regierung vor.

## Regierung: Parlament nicht missachtet

Der Regierungsrat schickt den Detailantworten voraus: «Der Regierungsrat nimmt die im Vorstoss geäusserten Bedenken ernst. Er hält jedoch fest, dass weder eine Missachtung parlamentarischer Entscheide noch eine faktische Umsetzungspolitik vorliegt.» Die Regierung betont, sie vollziehe Bundesrecht.



Blick aus der Vogelperspektive auf den Abschnitt in der Klus.

Archivbild: Bruno Kissling



Kantonsrat Beat Künzli (SVP) reagierte mit einer Interpellation auf die Tempo-30-Ankündigung. Bild: Bruno Kissling

Die Grundlage: Die Höchstgeschwindigkeit könne gemäss Strassenverkehrsgesetz angepasst werden, wenn dies erforderlich sei, um den Verkehr si-

cherer zu machen und zum Schutz der Umwelt. Dazu ist ein externes Gutachten notwendig, und ein solches habe man eingeholt. Dieses bestätige die Temporeduktion als notwendig, zweckmässig und verhältnismässig. Die Anordnung stehe auch im Einklang mit einem Bundesgerichtsurteil zu Lärmsanierungen.

Der Regierungsrat hält fest: «Es liegt keine Vorwegnahme eines politischen Entscheids vor, sondern rechtsgebundener Vollzug.» Die Argumentation der Regierung deckt sich mit jener, die das Amt für Verkehr und Tiefbau im Januar bereits geäussert hat.

Laut der Regierung werden im Gutachten verkehrstechnische, lärmrechtliche und sicherheitsrelevante Abklärungen vorgenommen und die Gesamtinte-

ressen abgewogen. Alternativen wie lärmindernde Beläge seien geprüft worden.

Die kantonale Verkehrskommission habe auch die Gemeinde Balsthal einbezogen. Dem Ausschuss der Kommission gehörten zudem Vertreter des TCS, des VCS, des AVT, der Kantonspolizei sowie des Verbands der Solothurner Einwohnergemeinden an. Nach einer Ortsbegehung empfahl die Kommission Tempo 30 und sprach von einem «vertretbaren Einzelfall». Abwägungen hätten ergeben, dass die positiven Wirkungen wie Sicherheit und Schutz vor Lärm die gering verlängerte Fahrzeit von «maximal rund 15 Sekunden überwiegen».

Wo überall im Kanton Tempo-30-Zonen geplant oder geprüft werden, wollte Künzli weiter noch wissen. Die Regierung

lässt in ihrer Antwort offen, welche Strassenabschnitte betroffen sein könnten. Es würden rund 20 Verfahren laufen.

## Künftig offensivere Kommunikation?

Und was sagt die Regierung zur Kommunikation in der Sache? Die Regierung spricht von einem «formellen Verwaltungsakt», der nach den gesetzlichen Vorgaben im Amtsblatt publiziert worden sei. «Eine zusätzliche Veröffentlichung ist gesetzlich nicht vorgesehen und entspricht nicht der bisher geltenden Praxis», so die nüchterne Antwort.

Ein wenig rüttelt die Regierung dann doch an dieser Haltung und anerkennt, «dass einzelne Massnahmen ein erhöhtes Informationsbedürfnis auslösen können». Sie sei be-

«Der Regierungsrat nimmt die im Vorstoss geäusserten Bedenken ernst.»

Stellungnahme des Regierungsrates

reit zu prüfen, «ob in besonders sensiblen Einzelfällen ergänzende Informationen zweckmässig sind, ohne die rechtsgleiche Behandlung zu beeinträchtigen». Es sei zudem nicht die Absicht des Regierungsrates gewesen, das Thema zurückhaltend zu behandeln.

Fest steht: Die Diskussion um Tempo 30 in der Klus wird weitergehen. So ist einerseits eine Beschwerde von Lukas Wilhelm, Präsident JSVP Kanton Solothurn und Gemeinderat aus Laupersdorf, hängig. Ausserdem hat dieser diesen Dienstag in der Sache gleich nachgedoppelt und einen Volksauftrag bei der Staatskanzlei eingereicht, um ein solches Vorgehen künftig zu unterbinden: über Tempo 30 soll in den Gemeinden abgestimmt werden.

## Aus Gäuer Sicht

# Wenn in der Küche der Dampfzug streikt

Vor kurzem streikte in unserer Küche der Dampfzug. Ein Anruf - und der örtliche Schreiner, der die Küche vor rund fünf Jahren eingebaut hatte, war zur Stelle. Mit ihm konnte ich die Angelegenheit mit dem Schweizer Hersteller des Dampfzugs rasch regeln. Das ist ein gutes Beispiel, das zeigt, wie hilfreich es ist, wenn man bei einem Anlage- oder Geräteausfall auf hiesige Handwerker und Hersteller zählen kann.

Doch das wird zunehmend schwieriger, weil es im Handwerksbereich an Fachpersonen mangelt und immer weniger Produkte in der Schweiz hergestellt werden. Auch die Schreinerei, die unsere Küche realisiert hatte, sieht sich leider veranlasst, per Ende dieses Monats «aufgrund feh-

lender Nachfolge und Fachkräftemangel» nach über 90 Jahren den Betrieb zu schliessen.

Der Fachkräftemangel wird mehr und mehr zu einem Problem. Es fehlt an allen Ecken an guten Berufsleuten, die eine solide Berufslehre hinter sich haben. Das hat auch mit fehlender Wertschätzung von Handwerksberufen zu tun. Es gibt sogar Eltern, die sich schämen, wenn ihre Kinder «nur» eine Lehre machen.

Zugleich bekunden vermehrt Universitätsabsolventinnen und -absolventen Mühe, eine Arbeitsstelle zu finden. Manche bleiben sogar arbeitslos. Und sie geraten bereits in jungen Jahren in eine Krise, weil ihre Erwartungen nicht erfüllt

werden und das Studium, auf das die Eltern so stolz sind, nicht zu einem gut bezahlten Job führt.

Es schleckt keine Geiss weg: Die Schweiz wird mehr und mehr zu einem Land von Studierenden. Obschon nach wie vor rund drei Viertel der Schulabgänger den Weg über eine Berufslehre einschlagen, landen zuletzt gut die Hälfte auf der Tertiärstufe mit Hochschuldiplom oder Abschluss an einer Fachhochschule oder Höheren Fachschule. Ihr Anteil soll sich laut Experten bis 2045 auf 60 Prozent steigern.

Das heisst: Die Akademisierung schreitet voran und wird wohl durch Künstliche Intelligenz (KI) noch beschleunigt. Denn die Arbeitswelt steht vor der grössten Transformation

seit der industriellen Revolution. KI verändert nicht nur einzelne Tätigkeiten, sondern ganze Berufsbilder. Und das nicht nur seit heute. Die Zahl der Stellenausschreibungen mit KI-Bezug hat sich in der Schweiz seit 2018 bereits verzehnfacht, von 2000 auf über 20'000 im Jahr 2024.

Die Bildungsverantwortlichen sind herausgefordert, jene im Bereich der Hochschulen ebenso wie jene im Berufsbildungswesen. Wahrscheinlich muss alles noch durchlässiger werden. Durch KI getrieben rücken Studium und Berufslehre weiter zusammen. Doch die Nachwuchsprobleme bei Handwerk und Bau, vor allem in den «Schmutzberufen», dürften sich wohl noch verschärfen. Hier sollen unter Einsatz von

KI künftig kollaborative Roboter Berufsbilder verändern und Menschen bei körperlich schwerer (Schmutz-)Arbeit entlasten.

Die Attraktivität von Handwerksberufen ist auch dadurch zu erhöhen, indem ihnen mehr Wertschätzung entgegengebracht und mehr Lohngerechtigkeit zwischen akademischen und handwerklichen Berufen geschaffen wird. Denn zum Handwerk gilt es Sorge zu tragen, weil Gesellschaft und Wirtschaft darauf angewiesen sind, auch wenn Roboter, 3D-Drucker und andere KI-Automatisierungen die Arbeitswelt nachhaltig verändern.

Zudem hat die Pensionierungswelle der Babyboomer zur Folge, dass in der Arbeits-

welt zumindest vorübergehend überall Lücken und gleichzeitig ein zusätzlicher Mehrbedarf an Arbeitskräften im Gesundheits- und Pflegebereich entstehen.

Zweifelsohne bringt der Umbruch in der Arbeitswelt grosse Herausforderungen. Da erscheint es müssig, wenn ich mich heute frage, wohin ich mich wohl künftig melden muss, wenn in unserer Küche das nächste Mal etwas streikt.



Beat Nützi, ehemaliger Chefredaktor Oltner Tagblatt